

Gute Bildung schafft wirtschaftlichen Wohlstand

Bildung aus bildungsökonomischer Perspektive

| LUDGER WÖSSMANN | Zum Zusammenhang von Bildung und Wirtschaft gibt es die unterschiedlichsten Ansichten. Welche wirtschaftliche Bedeutung hat Bildung für den einzelnen Menschen und für die Gesellschaft insgesamt? Was ist die richtige Balance zwischen Staat und Markt bei Trägerschaft und Finanzierung der Hochschulen? Die bildungsökonomische Forschung versucht, den oftmals ideologisch geführten Debatten empirische Fakten entgegenzusetzen.

Gute Bildung ist wertvoll. Das gilt insofern, als sie zu menschlich selbstverantwortlichem Handeln und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben befähigt, zivilgesellschaftlich reguliertes Verhalten und gesellschaftlichen Zusammenhalt entwickelt oder auch das Gesundheitsbewusstsein stärkt. Das gilt aber auch aus banal wirtschaftlicher Sicht. Ob man es mag oder nicht: Gute Bildung ist

denken zu wollen. Das wäre genauso töricht, wie Bildung *ausschließlich* aus wirtschaftlicher Perspektive zu sehen.

Bildung und Wohlstand

Die wirtschaftliche Bedeutung der Bildung lässt sich mit vielen Fakten belegen. Aus individueller Sicht sinkt mit einem besseren Bildungsabschluss die Arbeitslosigkeit und steigt das Erwerbseinkommen. Der Effekt der Bildung auf das Einkommen ist wohl einer der robustesten Befunde der empirischen Wirtschaftsforschung überhaupt: Mit jedem zusätzlichen Bildungs-

»Mit jedem zusätzlichen Bildungsjahr steigt das spätere Einkommen um sieben bis zehn Prozent.«

ein, wenn nicht gar der entscheidende Einflussfaktor für den wirtschaftlichen Wohlstand der Individuen wie der Gesellschaft. Erwerbstätigkeit, auskömmliches Einkommen und Armutsverhinderung – und damit die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme und die Errungenschaften der Sozialen Marktwirtschaft – stehen und fallen mit einer guten Bildung der Bevölkerung. Deshalb wäre es unverantwortlich, Bildung ohne ihre wirtschaftliche Dimension

jahr steigt das spätere Einkommen je nach Studie um sieben bis zehn Prozent – wobei dieser Durchschnittseffekt natürlich mit der Fachrichtung variiert. Die Arbeitslosenrate von Personen mit einem (Fach-)Hochschulabschluss liegt hierzulande bei 2,5 Prozent, mit abgeschlossener Lehre oder Fachschule bei 6,6 Prozent und ohne Berufsbildungsabschluss bei 21,9 Prozent. Eine gute Bildung ist die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, die heutzutage vor al-



Quelle: mauritius-images

lem eine Arbeitslosigkeit der Geringqualifizierten ist.

Auch für die Entwicklung der Volkswirtschaft insgesamt ist eine qualitativ hochwertige Bildung von entscheidender Bedeutung. Neuere empirische Studien belegen, dass die Bildungsleistungen der Bevölkerung, wie sie etwa in internationalen Schülervergleichstests gemessen werden, der wohl wichtigste langfristige Bestimmungsfaktor des



AUTOR

Univ.-Professor Dr. **Ludger Wößmann** lehrt Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Bildungsökonomik an der Ludwig-Maximilians-Universität München und leitet den Bereich Humankapital und Innovation am ifo Institut.

wirtschaftlichen Wachstums und damit des langfristigen Wohlstands einer Gesellschaft sind. Darauf aufbauend hat eine Studie des ifo Instituts berechnet, dass sich die volkswirtschaftlichen Folgekosten, die sich dadurch ergeben, dass in Deutschland jeder fünfte 15-Jährige nicht über das Grundschulniveau hinaus kommt, über den Lebenszeitraum eines heute geborenen Kindes auf 2,8 Billionen Euro belaufen. Für Verbesserungen am oberen Rand der Kompetenzverteilung wurden ähnlich positive Effekte gemessen.

»Bessere Bildung des einen geht nicht zu Lasten der wirtschaftlichen Chancen der anderen.«

lastungen der sozialen Sicherungssysteme und zusätzliche Steuereinnahmen für gesellschaftliche Aufgaben.

Kurzum: Weil die moderne Volkswirtschaft vor allem von den Fähigkeiten der Bevölkerung getragen wird, ist Bildung der Schlüsselfaktor für die zukünftige Entwicklung unseres Wohlstands. Vor zwei Generationen – als et-

Der „Markt“ der Hochschulen

Die Bedeutung von Bildung auf dem wirtschaftlichen Markt ist eine Sache. Eine andere Sache ist die Frage, ob Elemente des Marktes auch im Bildungsbereich fruchtbringend wirken, wie also die richtige Balance zwischen Staat und Markt im Bildungsbereich aussieht. Die ökonomische Theorie – und die Evidenz aus anderen Bereichen – zeigt einerseits, wie funktionierender Wettbewerb die Ergebnisse eines Systems verbessern kann. Sie zeigt aber auch vielerlei Situationen auf, in denen Unvollkommenheiten der Märkte wie etwa Marktmacht durch Monopolisierung, unvollkommene Informationen oder externe Effekte zu suboptimalen Marktergebnissen führen können.

Deshalb ist es eine empirische Frage, wie sich Marktelemente im Bildungsbereich auswirken. Diese ist in den verschiedenen Bildungsstufen teils unterschiedlich zu beantworten; hier wird aus Platzgründen ausschließlich der Hochschulbereich behandelt. Dabei müssen die Dimensionen der Organisation und der Finanzierung unterschieden werden.

Trägerschaft und Wettbewerb

Bei der Organisation des Hochschulsystems geht es vor allem um die staatliche oder private Trägerschaft der Hochschulen und das Ausmaß ihrer Autonomie. Deren Effekte hat unlängst eine Forschergruppe um den Harvard-Ökonomen Philippe Aghion im europäischen und im US-amerikanischen Hochschulsystem empirisch untersucht. Sie finden, dass sich sowohl Autonomie als auch Wettbewerb positiv auf die pro Mitteleinsatz erzielten Forschungsergebnisse auswirken, wobei Wettbewerb sowohl Wettbewerb durch Universitäten in privater Trägerschaft als auch Wettbewerbe um öffentliche Forschungsgelder umfasst.

Insofern kann sich Wettbewerb auch im Hochschulsystem durchaus fruchtbringend auswirken. Deutschland ist in den letzten Jahren auf dem Weg der Autonomisierung der Hochschulen und der wettbewerblichen Vergabe öffentlicher Forschungsgelder einige Schritte gegangen. An der staatlichen Trägerschaft hat sich aber kaum etwas geändert. Aus meiner Sicht dürften Qualitätsverbesserungen vor allem davon abhängen, dass ein großer Teil der Hochschulen aus der staatlichen Trägerschaft herausgelöst wird, damit es zu echtem Wettbewerb um die Studierenden – und



Bessere Bildung des einen geht also nicht zu Lasten der wirtschaftlichen Chancen der anderen. Vorstellungen, eine gute Bildung sei nichts mehr wert, wenn jeder sie hätte, basieren auf der falschen Annahme eines in seiner Größe feststehenden wirtschaftlichen „Kuchens“. Aber der Kuchen wächst, wenn alle ein höheres Bildungsniveau erreichen. Die gesamte Volkswirtschaft profitiert, nicht zuletzt durch geringere Be-

wa noch 1955 weniger als vier Prozent eines Jahrgangs die Studienberechtigung erlangten – mag diese Erkenntnis für den Hochschulbereich noch eine Nebenrolle gespielt haben. Aber im Zeitalter der Massenuniversitäten, in dem heute ziemlich genau die Hälfte eines jeden Jahrgangs die Studienberechtigung erlangt, muss sie auch für die Hochschulen eine Hauptrolle spielen.

zu Bürokratieabbau in den Hochschulinstitutionen – kommt.

Die Frage der Trägerschaft lässt sich dabei komplett von der Frage der Finanzierung trennen. Blicke es bei einer staatlichen Finanzierung, sollten alle Hochschulen – gleich, ob in staatlicher oder nicht-staatlicher Trägerschaft – pro Studierenden (ggf. separat nach Fachrichtung) denselben staatlichen Zuschuss erhalten. Das Geld würde dann der Hochschulwahl der Studierenden folgen; Forschung würde separat finanziert. Aufgrund der – in diesem Bereich bisher allerdings durchaus dünnen – bestehenden Evidenz stünde zu erwarten, dass eine zusätzliche Dezentralisierung und Deregulierung der Hochschulorganisation zusätzliche private Angebote und stärkeren Wettbewerb zwischen den Anbietern generieren könnte, die die Leistungsfähigkeit des Hochschulsystems in Forschung und Lehre erhöhen würden.

Einkommensabhängig rückzahlbare Studienkredite

Neben der Organisation des Hochschulsystems bestimmt eine weitere Frage die öffentliche Debatte: Sollten Studierende für ihr Hochschulstudium zahlen? Aus bildungsökonomischer Sicht hängt die Antwort letztlich davon ab,

ob die private und gesellschaftliche Kosten-Nutzen-Rechnung auseinanderfallen. Mit anderen Worten: Der Staat sollte dem Einzelnen die Kosten insofern abnehmen, als die Gesellschaft insgesamt Erträge erzielt, die über die Erträge des einzelnen Studierenden hinausgehen.

Nun ist es (mit Ausnahme der beiden verbliebenen Bundesländer mit Studiengebühren) so, dass die direkten Kosten des Studiums hierzulande komplett vom Staat übernommen werden. Auf der Ertragsseite wissen wir aber, dass die Studierenden auf dem Arbeitsmarkt hohe private Erträge erzielen. Es

»Es geht nicht im Geringsten darum, dass sich der Staat aus dem Bildungswesen verabschieden sollte.«

ist wohl ausgeschlossen, dass diese so weit unter den gesellschaftlichen Erträgen liegen, dass dies eine komplette staatliche Kostenübernahme rechtfertigen würde. Deshalb sollte das Studium zumindest teilweise über Studiengebühren finanziert werden.

Gleichzeitig sollte aber niemand von einem lohnenden Hochschulstudium abgehalten werden, weil ihm oder sei-

ner Familie dazu zum Zeitpunkt des Studiums das Geld fehlt. Dazu bedarf es sowohl aus Effizienz- als auch aus Gerechtigkeitsgründen einer Entkopplung der Finanzierung des Studiums von der finanziellen Lage des Elternhauses – nicht aber von der (im Durchschnitt aufgrund des Studiums sehr positiven) zukünftigen finanziellen Lage der Studierenden selbst. Dazu ist eine vorübergehende Finanzierung der Studiengebühren durch Studienkredite notwendig, die dann – und nur dann – zurückgezahlt werden müssen, wenn das später erzielte Einkommen einen bestimmten Mindestbetrag übersteigt.

Weil die Gebühren nur dann anfallen, wenn das Studium zu einem hohen Einkommen geführt hat, wird niemand aufgrund der finanziellen Lage seines Elternhauses vom Studium abgeschreckt.

Australien hat damit sehr positive Erfahrungen gemacht: Die Einführung des kombinierten Systems aus Studiengebühren und einkommensabhängigen Studienkrediten hatte keine negativen Effekte auf die sozioökonomische Zusammensetzung der Studierenden, und die Studierendenzahlen sind nach der Reform sogar erheblich gestiegen. In Deutschland wurden Studiengebühren eingeführt, ohne ein systematisches Kreditprogramm bereitzustellen, das sicherstellt, dass Kinder aus ärmeren Schichten nicht vom Studium abgeschreckt werden. Mit einem einfachen und allseits bekannten System von Studienkrediten auf Bundesebene, die abhängig vom späteren Einkommen zurückgezahlt werden müssen, sähe das anders aus.

Es geht nicht im Geringsten darum, dass sich der Staat aus dem Bildungssystem verabschieden sollte. Im Gegenteil: Er muss seiner grundlegenden Verantwortung in der allgemeinen Aufsicht, der Vorgabe und Zertifizierung der erwarteten Standards und der Finanzierung bis zum Ende der Schulpflicht gerecht werden. Aber die existierende Evidenz belegt, dass etwa Wettbewerb durch nichtstaatliche Trägerschaft auch im Bildungssystem funktioniert und bei freiem Zugang allen zugutekommt. Bei all dem muss uns aber immer bewusst bleiben: Wer die wirtschaftliche Bedeutung guter Bildung ignoriert, macht sich mitverantwortlich für Arbeitslosigkeit, Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherungssysteme und weitere wirtschaftliche Probleme in den zukünftigen Generationen.

Anzeige



„Ich werd mal Superstar.“
Helfen Sie, damit die Wünsche siegen. Nicht der Krebs.

Krebs macht vor Kindern nicht halt. Aber die Heilungschancen sind hoch: Über 70 Prozent.

www.kinderkrebsstiftung.de

Deutsche Kinderkrebsstiftung
Unterstützen Sie die Deutsche Kinderkrebsstiftung
Adenauerallee 134, 53113 Bonn

Spendenkonto: Commerzbank AG Köln
Blz.: 370 800 40, Kto.: 555 666 0